

Familie weiss nicht mehr weiter – und wartet vier Monate auf einen Termin

«Psychiatrie: In Luzern herrscht Notstand», Ausgabe vom 7. Dezember

Der Planungsbericht des Kantons Luzern zeigt klar auf, dass die psychiatrische Versorgung im Kanton Luzern teils mangelhaft ist. Seit Jahren fehlen beispielsweise dem Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst personelle Ressourcen. Wenn ich im Alltag beobachte, dass mein Kind psychische Probleme entwickelt und wir als Familie nicht mehr weiter wissen, warten wir bis zu vier bis fünf Monaten auf einen Termin. Ist die Diagnose einmal gestellt, stehen auch für

weiterführende, spezifische Therapien kaum genügend Ressourcen zur Verfügung. Das Fachpersonal ist chronisch überlastet, was diese Aufgabe nicht gerade attraktiv macht. Diesen Missstand vorwiegend mit einem Fachkräftemangel zu begründen, greift in meinen Augen zu kurz. Wenn keine finanziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, können auch keine Stellen geschaffen werden.

Kinder, Jugendliche und Familien in Krisensituationen erfahren zusätzliches Leid, denn sie benötigen zeitnah Unterstützung, damit sich Probleme nicht verfestigen. Es

wäre zudem hilfreich, wenn genau analysiert würde, wo der Hebel angesetzt werden könnte, um psychischen Problemen präventiv entgegenzuwirken und um die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Ich fordere die Politik auf, dem Planungsbericht rasch konkrete Massnahmen folgen zu lassen.

Titus Krummenacher, Luzern

Auf drei Seiten beklagt die «Luzerner Zeitung» den Mangel an Psychotherapieplätzen – ohne nur einmal die psycholo-

gischen Therapeutinnen und Therapeuten zu erwähnen. Bei gleicher Ausbildung und Qualifikation haben diese viel kürzere Wartezeiten als die Psychiaterinnen und Psychiater. Sie dürfen jedoch noch immer nicht selbstständig arbeiten. Dem soll mit dem Anordnungsmodell abgeholfen werden: Ärzteschaft, Institutionen und Gerichte weisen Hilfebedürftige direkt an Psychotherapeuten, ob ärztliche oder psychologische.

Der einzige Vorteil der ärztlichen Psychotherapie ist die Möglichkeit, Psychopharmaka zu bekommen. Der Nachteil ist – dass man dort

Psychopharmaka bekommt! So nützlich Psychopharmaka im Notfall und bei schweren Leiden sind, so hinderlich sind sie für eine ursächliche Behandlung mittelschwerer Leiden, wo psychologische Psychotherapeutinnen und -therapeuten ihre Stärke haben. In der Zentralschweiz arbeiten ärztliche und psychologische Psychotherapeutinnen und -therapeuten seit Jahren gut zusammen, und werden auch von der Luzerner Psychiatrie am Kantonsspital gemeinsam fortgebildet.

Jean Berner
Dr. med., Luzern

Begriffswirrwarr um Behinderungen

«Zum Internationalen Tag von Menschen mit Behinderung: Von blinden Flecken und dem Wunderkind», Ausgabe vom 3. Dezember

1,7 Millionen Behinderte gäbe es in der Schweiz, und zwar gemäss offiziellen Angaben, schreibt die Journalistin Maja Briner. Es seien Leute mit Gesundheitsproblemen. Das Gegenteil des Begriffs «gesund» ist zwar bekanntlich «krank». Aber wenn jemand dauerhaft krank sei, dann werde er behindert. Ab wann zählt wohl «dauerhaft», damit wir auf die stolze Zahl 1,7 Millionen kommen? Dieselben betroffenen Personen werden im Kurzbeschrieb aber plötzlich nicht mehr als krank oder behindert bezeichnet, sondern als beeinträchtigt. Und diese Beeinträchtigungen könnten im Alltagsleben stark oder nur «etwas» vorhanden sein. Ich muss also im Alltag «etwas» beeinträchtigt sein, irgendeine Zeiteinheit lang, dann werde ich beim Bundesamt für Statistik und in dieser Zeitung als behindert erfasst.

Karin Bernath, Weggis,
Professorin für Heilpädagogik

Fünfigernötl

«Verkehrte Welt: Künstler beschenkt Firmen», Ausgabe vom 3. Dezember

Ich überlege gerade, wie sich wohl Institutionen, die Menschen mit Beeinträchtigungen eine Arbeitsstelle und Wohnraum geben, über ein paar «Fünfigernötl» vom Künstler Wetz gefreut hätten!

Heidi Habermacher, Rickenbach

Pensionskassen: Höchste Zeit, bessere Lösungen zu prüfen

«Rentenreform auf wackligen Füßen», Ausgabe vom 26. November

Man könnte die Pensionskassen-Rentenreform auch auf folgende Art und Weise durchführen: Eine Leistungspflicht für die zweite Säule bestünde für alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber ab dem ersten Lohnausweis, unabhängig vom

Alter und der Lohnsumme. Der Einheitssatz wäre dann für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zum Beispiel 6 Prozent. Das hätte zur Folge, dass einerseits die «Altersquillotine» entfällt. Bei über 55-jährigen Arbeitnehmern bezahlen Arbeitnehmer und Arbeitgeber heute ja je 9 Lohnprozente.

Diese Neuregelung hätte zur Folge, dass bei Einstellun-

gen nicht unerfahrenere Kandidaten der Vorzug gegeben wird.

Andererseits müsste die maximal versicherbare Lohnsumme erhöht werden. Ausserdem müssten die Bezugsmöglichkeiten und Einschränkungen für den vorzeitigen Bezug von Alterskapital besser definiert werden. Weshalb prüfen Bundesrat, Versicherungs- und

Finanzexperten, die Vertreter der Arbeitgeber und die Gewerkschaften nicht solche Ideen? Sind es die beiden «T», «Tradition» und «Trägheit»? Wir haben es immer so gemacht und weshalb sollen wir etwas ändern?

Jürg Albers, Muiswangen, ehemaliger CEO und VR-Delegierter von Medtech- und Pharmafirmen

Spätherbst und Winter lösen einander ab



Gestern fiel reichlich Schnee. Auch in Wolfenschüssen bildeten sich Hütchen auf den letzten Herbstfrüchten. Leserbild: Claudia Scheuber, Wolfenschüssen

Er meint, etwas Gutes für die Menschen zu tun, indem er Kinder vaterlos aufwachsen lässt

«Der Mann mit den hundert Kindern», Ausgabe vom 5. Dezember

Ist dies das pralle Leben? Sich in stückigen, anonymen Hotelzimmern zu treffen, obwohl man lieber Sport machen will? Sex ohne Gefühle und Nähe, möglichst schnell und wenn der Zyklus es bedingt? Tabellen führen, damit Frauen und Hotelzimmer nicht verwechselt werden? Allein stehende Frauen seien gefährlich, meint der Samenspende, weil sie ihm das Kind anhängen könnten. Seine Sucht ist noch viel gefährlicher: Er meint, etwas Gutes für die Menschen zu tun, indem er Kinder vaterlos aufwachsen lässt. Was ist, wenn die Kinder erfahren, dass ihnen ihre wahre Herkunft verschwiegen wurde? Wenn sie wissen wollen, wer ihr biologi-

schter Vater ist? Wenn Paare sich scheiden lassen und in Geldnöte geraten? Hilft er da auch? Dass er es für seine Beziehung romantischer angehen will, ist schön. Doch einen Mann mit einer solchen Hypothek würde ich nicht heiraten wollen, da nützen auch die schönsten Rehaugen nichts.

Daniela Baumann, Emmenbrücke

Fragen zu Impfungen und zum Skitourismus

Zur Coronakrise

Vielleicht ist die Impfung gegen Covid-19 nicht der vermeintliche Nothelfer, sondern die Ursache des Coronadesasters. Die weltweit umgesetzte WHO-Pandemiestrategie setzt voll auf die Impfung und verzichtet deshalb auf einen besonderen Schutz der Risikogruppe.

Wenn alle gefährdeten Menschen auf ihren Wunsch hin wirksam geschützt würden, wäre eine Impfung unsinnig. Dann erübrigen sich auch alle Einschränkungen bei Gesunden. Leider sind heute wirtschaftliche Sonderinteressen, Wissenschaft und Politik nicht mehr unterscheidbar. Der Liberalismus versagt total. Ausserhalb der staatlichen Pandemiestrategie hätten die Covid-19-Impfstoffe auf dem freien Markt keine Chance.

Die Covid-19-Strategie auf die Impfung auszurichten, ist irrational. Vorrangig und ab Beginn der Epidemie müssten die immungeschwächten Risikopatienten einen besonderen, sicheren Schutz erhalten. Damit darf man nicht zuwarten, bis eine Impfung da ist. Die falsche WHO-Strategie hat wahrscheinlich viele Menschen das Leben gekostet, viele KMU in den Ruin getrieben, die Demokratie und den sozialen Frieden beschädigt und Leben und Freiheit aller unnötig eingeschränkt. Auf eine Impfung kann man sich nie im Voraus verlassen. Wirkt sie überhaupt bei Risikopatienten? Geschwächte Immunsysteme reagieren auch schwach auf Impfungen. Welches sind die langfristigen Impfrisiken? Häufig dauert es zehn oder

mehr Jahre, bis man das abschätzen kann. Die Propagandawalze für die bisher nicht zugelassenen genetischen RNA-Impfstoffe läuft, bevor die Studien wissenschaftlich und öffentlich überprüfbar sind. Trotzdem werden Leute, die Skepsis anmelden, beschimpft und ausgegrenzt. Jahrzehntlang habe ich als Hausarzt nach eingehender individueller Beratung Impfungen verabreicht. Es ging stets um eine Nutzen-Risiko-Abwägung, wie sie für jede medizinische Massnahme Voraussetzung ist. Der hippokratische Eid lautet: Vor allem nicht schaden! Beim jetzigen Stand des Wissens setzen sich Covid-19-Impfstoffe (rund 90 Prozent der Bevölkerung) unnötig einem unbekannt langfristigen Impfrisiko aus.

Peter Mattmann-Allamand,
Dr. med., Kriens

Sicher sind wir uns alle einig, dass Einschränkungen in den Skitorten katastrophale Auswirkungen hätten. Das sieht der Davoser Landammann Tarzisius Caviezel (Ausgabe vom 3. Dezember) richtig. Er wolle auch «alles tun, damit unsere Gäste sicher sind. Wir wollen kein neues Ischgl sein». Sein Fazit des Gesprächs mit ihm ist aber auch: «Die Unterländer sollen kommen (...), auch wenn das für Davos das Risiko bringt, dass die Massen das Virus verbreiten.» Man nimmt ein zweites Ischgl in Kauf und macht so manchen potenziellen Feriengast nachdenklich. Mit der von Herrn Berset viel gelobten Eigenverantwortung

ist es nicht weit her, sonst würden wir jetzt nicht überall über weitere Einschränkungen diskutieren müssen. Es ist auch blauäugig zu glauben, dass in den Skitorten die Leute disziplinierter sind als andernorts. Es kann noch so beteuert werden, wie gut die Vorkehrungen bei Bahnen und in Restaurants sind, die Realität zeigt anders, (siehe Artikel in der gleichen Ausgabe über die Rigibahnen). Und ob dann in einer Seilbahn bei einer Reduktion der Kapazität um 20 Prozent drei statt vier Personen pro Quadratmeter stehen, na ja. Ein Gefühl von Viren-Sicherheit sieht anders aus. Ich bin seit sieben Jahren Stammgast im Engadin. Im Sommer und im Herbst waren wir dort. Im Hotel habe ich noch nie so viele Gäste im Speisesaal gesehen wie 2020. Das Hotel war über Monate ausgebucht, was vorher nie der Fall war. Auch Bahnen und Wanderwege waren gut frequentiert. Seit Anfang Juni ist es dem Bergtourismus sicher nicht allzu schlecht gegangen. Man könnte meinen, nur der Bergtourismus leide unter Corona. Auch im Unterland mussten und müssen viele Veranstaltungen abgesagt werden, und auch das Gastgewerbe hat grosse Einbussen gehabt. Trotz Aufruf zu «Ferien in der Schweiz» blieb am Unterland im Sommer und Herbst wenig hängen. Lag es etwa daran, dass die Oberländer diesen Aufruf nicht hörten? Wir müssen bedenken, dass das beste Schutzkonzept nur nützt, wenn sich alle an die Vorgaben halten. Sprich: Eigenverantwortung.

Peter Zraggen, Luzern